linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 6 2/12

KASSELER HAUSHALT

Ein Schutzschirm, der nicht schützt

Die Schulden der Stadt werden 2013 bei 740 Millionen Euro liegen - noch ohne die Schulden der kommunalen Betriebe - und sind damit innerhalb von drei Jahren um mehr als 100 Millionen Euro gestiegen. Wenn trotz der Barthel'schen Haushaltsplanung mit rigidem Rotstift, trotz der Auflagen durch den Regierungspräsidenten, trotz der verfügten Ausgabesperren die Schulden wieder und weiter steigen - was ist da faul?

Es sind die Steuergeschenke für die Reichen. Es sind die Milliarden-Rettungsschirme für die Banken, die jetzt die Schulden der öffentlichen Haushalte in die Höhe treiben. Es ist die Agenda 2010-Politik mit HartzIV, mit Lohn- und Rentensenkungen, die Menschen in die Armut führt. Für die steigenden Sozialausgaben werden die Kommunen von Bund und Land nur unzureichend entlastet.

Und trotz Barthels Gerede, dass die Zeit für 'Wohltaten' vorbei sei, wird zeitgleich kräftig Geld verpulvert. Denn das kommunale Geld sitzt immer dann noch locker, wenn es um angebliche Zukunftsprojekte geht wie den Flughafen Calden, das Lange Feld (60 Millionen), das technische Rathaus… Wie teuer das letztere am Ende wird, darüber schweigt man sich aus.

Was soll der kommunale Schutzschirm an dieser Politik ändern?

Er soll und wird nichts ändern, außer dass er die Kehrseite dieser Politik noch zuspitzt:

Die Gebühren werden erhöht und die Ausgaben gekürzt – alles zu Lasten der Bevölkerung! Das kommunale Angebot wird sich weiter verschlechtern, Konrad wird wieder abgeschafft, Bäder werden geschlossen und Investitionen in Schulen weiter aufgeschoben. Bei Bildung und Sozialem wird gekürzt und gestrichen.



Die Steuern wurden gesenkt, die protzigen Großprojekte weitergetrieben, jetzt wird die Sparkeule zu Lasten der Kasseler Bevölkerung geschwungen. Was und wen es alles erwischen soll, wird alternativlos zum Jahresende präsentiert

Alles nach Barthel's Motto: Wir können den folgenden Generationen nicht zumuten, Zinsen für Kredite zu bezahlen, die wir für die Beschäftigung von ErzieherInnen aufgenommen haben.

Prestige-Projekte werden weiterhin außerhalb des gedeckelten Kreditrahmens – sozusagen 'on top'- - finanziert. Ernsthaft die Einnahmeseite zu verbessern, ist nicht vorgesehen. Andernfalls hätte man es längst tun können, indem man z.B. auch in Kassel die Gewerbesteuer moderat anhebt.



von Norbert Domes

Fraktionsvorsitzender der Kasseler Linke im Stadtparlament

norbert.domes@kasseler-linke.de

Der kommunale Schutzschirm ist die Fortsetzung dieser verfehlten Politik!

Er wird nicht zu einer wesentlichen Entschuldung der Stadt führen. Dafür ist erstens der Umfang der Schulden, die beim Land geparkt werden, zu gering („nur" 130 Millionen Euro laut Haushaltsentwurf 2013 S. 67).

Zweitens bringt der Schutzschirm für die Stadt weniger ein, als das Land von der Stadt durch die Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich genommen hat. Und drittens werden ohne grundlegende Reformen bei der Finanzierung der Kommunen beim nächsten Anstieg der Arbeitslosigkeit, beim nächsten Anstieg des Zinsniveaus die Schulden in kurzer Zeit ohnehin wieder nach oben schnellen.

Dann aber hängt die Stadt in den Fängen des mit dem Land geschlossenen Schutz-

schirm-Vertrages.

Das Kleingedruckte besagt, dass die Stadt mit dem Land nachverhandeln muss, wenn das Ziel – ein ausgeglichener Haushalt - nicht erreicht wird.

Worüber verhandeln Barthel und Hilgen jetzt mit dem Land?

Was steht in Hilgens Giftliste? Dazu gibt es keine Auskunft. Unsere Fragen dazu blieben unbeantwortet. Unser Antrag auf regelmäßige Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Land wurde von SPD, B90/Grüne, CDU, FDP abgelehnt. Eine Ungeheuerlichkeit, die gut zu den vielen anderen Verhaltensweisen des Magistrats passt, die allzu oft grundlegende parlamentarische Gepflogenheiten verletzen….

Am Ende wird ein hinter verschlossenen Türen ausgehandeltes Paket den Stadtverordneten zur Abstimmung, zum Abnicken, vorgelegt werden. Möglichst spät natürlich, damit es keine Zeit mehr für Nachverhandlungen gibt. Das ganze Paket wird dann als - wie immer - 'alternativlos' verkauft! Und SPD, B90/Grüne, CDU, FDP werden wieder zustimmen. Sie haben sich schon festgelegt. Die Zeche zahlen ja andere.



Norbert Domes

DGB gegen kommunalen Schutzschirm

Auch der DGB warnt ausdrücklich vor dem Schutzschirm des Landes Hessen, der nicht nur keiner ist, sondern eher eine riskante Mogelpackung. Die Kasseler Linkszeitung zitiert aus einer Veröffentlichung des DGB Nordhessen.

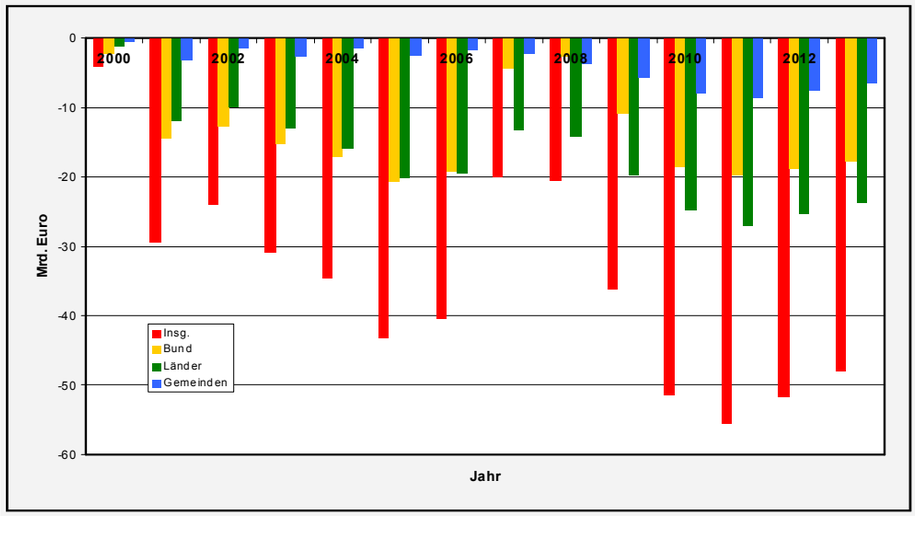
„Die im Schutzschirmgesetz vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen, die Kommunen bei Erhalt der Schutzschirmmittel ergreifen müssen, werden nach Ansicht des DGB in erster Linie auf Kürzungen bei den kommunalen Ausgaben im freiwilligen Bereichen wie der Vereinsförderung oder der Schulsozialarbeit abzielen. Diesen Weg hält der DGB für falsch. So wird unter dem Deckmantel der Haushaltssanierung die kommunale Selbstverwaltung mit Absicht weiter eingeschränkt! Denn so würden den Kommunen auf der einen Seite Aufgaben von Bund und Land gesetzlich vorgeschrieben und auf der anderen Seite der Spielraum der Parlamente vor Ort verringert. Aber auch einnahmeseitige Auflagen wie die Erhöhung von Gebühren, zum Beispiel von Kindergartengebühren, seien aus verteilungs- und sozialpolitischen Gründen kein gangbarer Weg der Haushaltskonsolidierung".

Land saniert sich zu Lasten der Kommunen

„Eine Verbesserung der Einnahmesituation der hessischen Kommunen sei dringend geboten. Hierzu trage der geplante ‚Schutzschirm' aber nur bedingt bei. Während die jüngst erfolgten Kürzungen bei den Landeszuweisungen für die Kommunen jährliche Einnahmeeinbußen in Höhe von fast 350 Millionen Euro zur Folge haben, entfalten die im Schutzschirmgesetz vorgesehenen Entschuldungs- und Zinsdiensthilfen in den kommenden Jahren kaum eine entlastende Wirkung. Dies werde am Beispiel der Stadt Kassel deutlich. Gerechnet auf die Laufzeit des Schutzschirmes (voraussichtlich 30 Jahre) fehlen im Haushalt zwischen 450 und 600 Mio. Euro. Als Entschuldungshilfe erhalte die Stadt aber nur rund 260 Mio. Euro plus Zuschüsse zu den Zinsen".

Nach Michael Rudolph's abschließendem Urteil ist der Schutzschirm nichts anderes als eine Sanierung des Landeshaushalts zu Lasten der Kommunen. Eine Mogelpackung also....

Steuerausfälle durch alle Steuersenkungsmaßnahmen seit 1998 für den Zeitraum 1998-2010 in Milliarden Euro



Quelle: Aus der Broschüre Schuldenbremse? – Zukunftsbremse! DGB (2011) Seite 7

Was ist der Kommunale Schutzschirm ?

Zur Entschuldung notleidender Kreise und Kommunen stellt das Land Hessen insgesamt bis zu 2,8 Milliarden Euro zur langfristigen Tilgung kommunaler Darlehen bereit. Die Zinsen werden von den Kommunen weiterhin bezahlt, es gibt dafür zusätzlich einen Landeszuschuss. Im Gegenzug müssen die Kreise und Kommunen bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen (das heißt vereinfacht: ab 2020 keine neuen Schulden aufnehmen).

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung hat im Juni dem Einstieg in den Kommunalen Schutzschirm der Hessischen Landesregierung zugestimmt. Nach dieser Interessenbekundung ist ein halbes Jahr bis zur endgültigen Beschlussfassung über die fiesen Details vorgesehen. Diese Vereinbarung hat dann eine extrem lange Laufzeit von 30 Jahren.

BÄDER

Rettet die Kasseler Freibäder

Am Anfang stand jahrzehntelange Verantwortungslosigkeit. Die Stadt Kassel hatte dereinst sechs Bäder: die Hallenbäder Ost, Mitte und Süd sowie drei Freibäder in Harleshausen, Wilhelmshöhe und in der Aue. Es gab auch einen Vertrag, der genau regelte, wer die Bäder zu betreiben und zu unterhalten hatte und wie dies zu geschehen habe. Betreiber waren und sind die Städtischen Werke.

Zu deren Pflichten gehörte natürlich auch Instandhaltung und erforderlich werdende Sanierungsarbeiten. Allerdings gab es den Vorbehalt, dass die Stadt, die mit einem jährlichen Zuschuss den wirtschaftlichen Betrieb der Bäder zu sichern hatte, all diesen Investitionen zuzustimmen hat. Und eine solche Zustimmung hat die Stadt, zuletzt in der Verantwortung des Stadtkämmerers Dr. Barthel, über Jahre und Jahrzehnte versagt. Das Ende waren und sind ruinierte Bäder.

Dr. Barthel ruiniert Kassels Bäder durch Kaputt-Sparen

Ob das Hallenbad Ost (mittlerweile geschlossen), das Hallenbad Mitte (die Schließung ist beschlossen), die Freibäder Harleshausen und Wilhelmshöhe – überall ist der Verfall, insbesondere im Technikbereich, so groß, dass nun niemand mehr über Reparaturen und Instandhaltung spricht, sondern nur über Komplettsanierung bzw. über Neubau.

In Kenntnis dieser Ausgangslage hatte 2008 zunächst eine große Koalition aus CDU/SPD/GRÜNEN, unterstützt von der Kasseler Linken, eine Sanierung aller sechs Bäderstandorte beschlossen. Die Einigkeit war erfreulich. Sie hielt aber nicht lange. Denn rückblickend muss festgestellt werden, dass der Stadtkämmerer diesen Beschluss von Anfang an gezielt hintertrieben hat. Schon nach einem halben Jahr, Mitte 2008, beschloss eine immer noch große Koalition aus CDU/SPD/GRÜNEN, das sogenannte Kombibad am Auedamm neu zu errichten und dafür die Hallenbäder Ost und Mitte zu opfern - gegen heftigen Widerstand unserer Fraktion und eher verhaltenem Widerspruch aus Verwaltung und Bürgerschaft. Zu diesem Zeitpunkt wurde jedoch versprochen und bekräftigt, dass die Freibäder in Harleshausen und Wilhelmshöhe erhalten und saniert werden.

Ein Kämmerer und ein unsozialer Sozialdezernent schwingen den Taktstock: Dr. Barthel

Die Entscheidung für das Kombibad fiel in der Kämmerei der Stadt. Da es dort weder städtebaulichen, umweltpolitischen noch sozialpolitischen Sachverstand gibt (der Umstand, dass der Kämmerer auch Sozialdezernent ist, heißt ja noch lange nicht, dass er automatisch über einen solchen Sachverstand verfügte), gerät diese Standortentscheidung kommunalpolitisch zum Desaster.

Die Stadt baut ein zentrales Bad an der Peripherie!

Die Stadt Kassel errichtet faktisch ein Zentralbad, indem sie drei Bäder an einem Standort bündelt und zusammenfasst – das allerdings dezentral! Am Auedamm, mitten in der historisch und ökologisch so bedeutsamen Auelandschaft der Fulda, weit abgelegen vom Zentrum, gibt es für das zukünftige zentrale Bad der Stadt weder Straßenbahn noch Regiotram oder Busverkehr in der benötigten Qualität und Frequenz. Allein die KVG wird so jährlich zu Mehrausgaben von etlichen Hunderttausend Euro gezwungen, um aus der heutigen sehr schlechten Bus-Anbindung eine zukünftige schlechte Anbindung zu machen. Dass bei der Gelegenheit auch noch eine sensible Auelandschaft über Gebühr in Mitleidenschaft gezogen wird, gerät dabei zu Unrecht zur Randbemerkung. Ein auf diese Weise nur schlecht erreichbares, teures, neues „Spaßbad“ erfüllt in keiner Weise die unbedingt aufrecht zu erhaltende Forderung nach einer Versorgung breiter Bevölkerungsteile mit einem günstigen Zugang zu öffentlichen Bädern. Das Ganze ist schlicht unsozial.

Nicht einmal die Wassertiefe ist ausreichend

Dass mit einer Wassertiefe von maximal 1,30 m von einem Freibad am Auedamm nicht mehr die Rede sein kann, ist ebenfalls festzuhalten. Wenn all das so schief ging, warum hat man sich dann in der großen Koalition dafür entschieden? Das übliche Totschlagargument waren die Kosten. Angeblich sei nur mit dieser Lösung der vereinbarte Kostenrahmen von 30 Millionen zu halten bzw. würde nur gering, um maximal 5 bis 6 Millionen überschritten. Tatsächlich aber summieren sich die Gesamt-



kosten für alle Bäder, inklusive der nun extrem gestiegenen Kosten für die Sanierung der Freibäder in Harleshausen und Wilhelmshöhe auf inzwischen annähernd 50 Millionen Euro. Mit anderen Worten: die Reduzierung der Bäderstandorte hat sich auch wirtschaftlich nicht ausgezahlt.

Der letzte Akt: jetzt sollen auch noch die beiden Freibäder in Harleshausen und Wilhelmshöhe geopfert werden

Der letzte Akt im Bäder-Trauerspiel ist nun der Versuch des Magistrates, immer noch unter der erbarmungslosen Regie des Kämmerers, nun auch noch die beiden Freibäder abzuwickeln, weil angeblich für eine Sanierung das Geld fehlt. Es locken niedrigere Betriebskosten, die Vermarktung attraktiver Grundstücke – letzteres insbesondere in Wilhelmshöhe. Diesem Zweck, der Schließung dieser wunderschönen Bäder, dienen Gutachten, die nur teure Komplett-Neubauten als Lösung anbieten. Aus gutem Grund widersprechen die Fördervereine der Bäder, wie auch wir Linke, dieser Taktik. Jahrzehntelange Verantwortungslosigkeit gepaart mit „Mondgutachten" und dazu die fehlende Bereitschaft, mit konstruktiven und kreativen Lösungen nach einem Erhalt der Standorte zu suchen, führen so zur weiteren Bädervernichtung. Dieser Politik des Magistrates gilt es entgegenzutreten. Zu der gehörte auch, dass der Magistrat in Person des schon mehrfach erwähnten und zitierten Dr. B. zwar eilig den Beschluss zum Bau des von ihm favorisierten Kombibades umsetzte, den vereinbarten Zeitplan zur gleichzeitigen Sanierung der Freibäder ignorierte er allerdings geflissentlich.

Grüne und SPD Fraktion spielen mit

Die Fraktionen von SPD und GRÜNE zeigen sich bei dem ganzen Bäderdebakel bislang seltsam ungerührt. In den Stadtteilen regt sich auch in diesen Parteien zarter Widerstand, der aber das Stadtparlament und die dortigen Fraktionen noch nicht erreicht hat. Immerhin liegen mittlerweile zwei Bürgereingaben vor, die sich für einen Erhalt der Freibäder einsetzen. Über 4000 Menschen haben hier unterzeichnet.

Die Kampagne der Kasseler Linken „Rettet die Freibäder" mit Plakaten, Flyern und Aufklebern war dabei wichtiger Bestandteil einer sich formierenden Koalition zum Erhalt der Freibäder. Die Entscheidung für das Kombibad ist schlimm genug. Die Freibäder in Harleshausen und Wilhelmshöhe müssen erhalten bleiben.

Kai Boeddinghaus

Kein Platz für die NPD

Die mickrigen 5 bis 7 NPD-Gestalten, die sich am 4.8.2012, an einem schönen Augustsommertag am Leipziger Platz in Kassels Osten zusammengetan hatten, konnten niemanden beeindrucken. Nicht umsonst hatten sich viele der über 500 Gegendemonstranten gefragt, ob man sie nicht besser mit der Polizei hätte allein lassen sollen. Was sie an tiefsinnigem Gestammel zu den gegenwärtigen Problemen der BRD beizutragen, was sie an widerlicher Ausländerfeindlichkeit und sonstigem Blödsinn abgesondert hatten: Es ging alles unter im Pfeifkonzert der auch ob der unermüdlich scheinenden Sonne gut aufgelegten Demonstranten….

Was noch aufgefallen ist: Mit welcher Akribie und Ausdauer die Damen und Herren von der sehr zahlreich und martialisch aufmarschierten Polizei uns Gegendemonstranten abgelichtet und gefilmt haben, das konnte einen ins Grübeln bringen. Würde bei der Beobachtung der NPD und ihrem Umfeld dieselbe Umsicht, dasselbe Engagement an den Tag gelegt – vielleicht müssten dann nicht so viele Untersuchungsausschüsse der Frage nachgehen, warum ein mörderisches Nazi-Trio, das bei so vielen geheimen Organisationen durchaus aktenmäßig bekannt war, so lange unentdeckt seinem mörderischen Geschäft nachgehen konnte.

E. Jochum



STADTGESCHICHTE

Verschweigen der NS-Geschichte im Henschelmuseum

In der Stadtverordnetenversammlung am 8. Oktober wird hierzu ein Antrag der Kasseler Linken behandelt. Er thematisiert die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen bei Henschel und die fehlende Darstellung dieser historischen Fakten im firmeneigenen Museum.

Denn auch die Firma Henschel beschäftigte während der NS-Zeit aus vielen europäischen Ländern verschleppte ausländische ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene, die zur Arbeit in der Rüstungsproduktion gezwungen wurden. Bei Henschel waren 1943 fast 60 Prozent der Belegschaft ausländische Arbeitskräfte. Und auch hier waren mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, die Unterbringung in Lagern mit katastrophalen hygienischen Verhältnissen und enorme Arbeitsbelastungen die Regel. Im Henschelmuseum sucht man nach einem Hinweis auf diese Fakten und Geschichte(n) vergeblich. Ein Museum, das sich mit der Geschichte des Henschelkonzerns beschäftigt, darf diese Tatsachen nicht verschweigen.

Die Stadt Kassel ist seit 2003 Mitglied im Verein „Henschel-Museum und Sammlung" und dort durch den Magistrat vertreten. Die Stadtverordneten müssen deshalb den Magistrat beauftragen, dafür Sorge zu tragen, dass das Thema Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus in die Ausstellung des Henschel Museums gebührend aufgenommen wird. Wichtig ist, dass eine kompetente Aufarbeitung und Gestaltung mit den entsprechenden Hinweisen durch HistorikerInnen oder andere geeignete Personen erfolgt, die mit dem Thema gut vertraut sind.

Keine Ehrenbürgerschaft für den Rüstungsproduzenten August Bode

Zurzeit ist ein Antrag der Fraktion der Kasseler Linken in der Diskussion, der die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft des Rüstungsproduzenten August Bode fordert.

Bode erhielt die Ehrenbürgerschaft der Stadt Kassel, die für besondere Verdienste um die Stadt vergeben wird, kurz vor seinem Tod, Ende des Jahres 1960.

Der Antrag der Kasseler Linken knüpft an eine Initiative innerhalb der Aktionswoche „Kassel entrüsten" zu Beginn der documenta 13 im Juni dieses Jahres an. Während der Auftaktaktion wurde die Stadt Kassel aufgefordert, die Vergabe dieser Ehrenbürgerschaft an Bode zu korrigieren. Auch die Kasseler Linke findet, dass die Produktion von Rüstungsgütern und Gewinnen als Kriterium für besondere Verdienste nicht geeignet ist.

Für viele Mitarbeiter war Breitenau Zwischenstation

August Bode war seit 1912 Eigentümer der Firma Wegmann. 1917, im Ersten Weltkrieg, ließ Bode in seinem Unternehmen den ersten deutschen Panzer bauen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nahm die Firma Wegmann unter August Bode die Rüstungsproduktion erneut auf und stellte für die Wehrmacht erneut Panzerkampfwagen her. Die Produktion erfolgte unter härtesten Kontrollen am Arbeitsplatz, deren Konsequenz die Zerschlagung von ArbeiterInnenbewegung und Betriebsrat war. Dabei haben Betriebsleitung und Gestapo Hand in Hand gearbeitet. Für viele Mitarbeiter endete diese Kooperation von Firmenleitung und Gestapo im Arbeitserziehungslager Breitenau.

Bode verdient prächtig an der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen

Seit 1940 verdiente die Firma an der Ausbeutung von Hunderten von ZwangsarbeiterInnen. Zeitweise waren mehr als die Hälfte der Beschäftigten bei Wegmann ZwangsarbeiterInnen aus vielen europäischen Ländern. Unter menschenunwürdigen Bedingungen wurden sie dort zur Arbeit gezwungen. In unternehmenseigenen Lagern untergebracht, waren sie von Hunger, Krankheiten, Misshandlungen und drohenden Deportationen betroffen. Viele der ZwangsarbeiterInnen bei Wegmann überlebten die Zeit dort nicht oder trugen fortdauernde körperliche und seelische Schäden davon. Von einer Entschuldigung durch August Bode oder dem Konzern Wegmann ist nichts bekannt.

August Bode hat sich bei „seinen" ZwangsarbeiterInnen nie entschuldigt

Anfang 1960, im Jahr der Verleihung der Ehrenbürgerschaft, beteiligte sich das Unternehmen erneut an der Entwicklung und Produktion von Kampfpanzern im Rahmen der Aufrüstung der jungen Bundeswehr - gegen den Widerstand innerhalb der Beschäftigten und auch gegen den Widerstand, den es innerhalb der Bevölkerung gegen die Wiederaufrüstung gab. August Bode legte den Grundstein für eine Waffenschmiede, die noch heute unter anderem Waffen für die NATO-Truppen in Afghanistan produziert und am Bau von Panzern beteiligt ist, die gerade nach Saudi-Arabien verkauft werden sollen.

Wegmann – Panzer für Saudi-Arabien

Da das Recht zur Vergabe des Ehrenbürgerrechts an Personen, die sich um Kassel besonders verdient gemacht haben, bei der Stadtverordnetenversammlung liegt, kann die Stadtverordnetenversammlung das Ehrenbürgerrecht wegen unwürdigen Verhaltens nach § 28 (3) der HGO entziehen. Mit dem aktuellen Antrag werden die Stadtverordneten aufgefordert, ihrer Verantwortung in Bezug auf diesen Teil der Geschichte Kassels gerecht zu werden.

Am 8.10. wird der Antrag Aberkennung der Ehrenbürgerschaft August Bodes vorraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden.



NAHVERKEHR

Lösungen für überfüllte Straßenbahnen

Als Konsequenz aus der Informationsveranstaltung am 17. September 2012 ergibt sich für die Kasseler Linke die dringende Notwendigkeit, die Planungen für Doppeltraktion (Zusammenkopplung zweier Straßenbahnen) und Verlagerung der RegioTram in die Holländische Straße nicht weiter zu betreiben, sondern umgehend verträglichere Alternativen zu untersuchen.

Mit der Doppeltraktion auf der Linie 1 und der Verlagerung der RegioTram in die Holländische Straße versucht die KVG ein Problem zu lösen, das schon lange absehbar war und für das leider nicht rechtzeitig nach Lösungen gesucht wurde. Dass die Verlängerung der Linie 1 nach Vellmar (wunderbar!), die steigenden Studierendenzahlen und der weitere Ausbau der Hochschule am Holländischen Platz zu Kapazitätsproblemen führen musste, war absehbar. Unsere Hauptkritik an dem Bebauungsplan zur Universitätserweiterung war, dass gerade die Fragen der ÖPNV-Anbindung der wachsenden Universität nicht im Rahmen dieser Planung geklärt wurden. Das rächt sich jetzt.

Doppeltraktion und RegioTram in der Holländischen Straße sind keine gute Lösung

Würde die KVG diese Lösung vorschlagen, wenn sie die dafür nötigen Investitionen vollständig selber aufbringen müsste? Vermutlich nicht. Über 4 Millionen Euro auszugeben, um 400.000 Euro jährlich an Personalkosten (für die zusätzlich eingesetzten Entlastungsfahrzeuge und die Taktverdichtung) einzusparen, rechnet sich nicht wirklich. Aus KVG-Sicht rechnet es sich nur deshalb, weil sie von einer Förderung der Investitionen zu 80 Prozent ausgeht.



Es soll also mit aus öffentlichen Kassen geförderten Investitionen eine Infrastruktur finanziert werden, die es ermöglicht Arbeitsplätze abzubauen. Das ist eine absurde Logik. Zudem wird mit dieser Maßnahme die Lebensqualität der Anwohner in der Holländischen Straße verschlechtert. Die Planung wird zu schmaleren Gehwegen, weniger Bäumen und zu einer Verschlechterung für den Radverkehr führen, der jetzt noch zum Teil die Gehwege nutzen kann. Das ist nicht zu akzeptieren. Öffentliche Gelder investiert in die Verkehrsinfrastruktur der Holländischen Straße müssten im Gegenteil dafür sorgen, dass sich die Verhältnisse dort verbessern statt sie zu verschlechtern.

Die Anbindung der Universität wird nicht verbessert

Wo bleibt die Verlagerung der Haltestelle Holländischer Platz auf die andere Seite der Kreuzung Richtung Universität? Die Doppeltraktion bietet außerhalb der Spitzenzeiten zwar höhere Kapazitäten führt aber auch zu einer Verschlechterung des Angebots. In den Spitzenzeiten, wo es am nötigsten wäre, wird die Kapazität nicht erhöht. Einsatzfahrzeuge erhöhen bisher in den Spitzenzeiten die Taktdichte, die Doppeltraktion reduziert sie wieder. Die Fahrgastspitzen in der Wilhelmshöher Allee können nicht zuverlässig von der Kapazitätserhöhung nur einer Linie 1 in Doppeltraktion bewältigt werden. Die Leistungsfähigkeit kann nur über alle Linien in den fahrgaststarken Korridoren und möglichst vertaktet sicher erhöht werden.

Die Maßnahmen sind erst für Ende 2013 anvisiert. Was aber geschieht bis dahin?

Es gibt eine Alternative, die in der erwähnten Veranstaltung auch zur Sprache gebracht wurde. Das ist der Betrieb mit Beiwagen. Dieser hat erhebliche Vorteile gegenüber der Doppeltraktion. Die Beiwagen sind leichter und kürzer und erfordern kaum Anpassungen der Haltestellen. Sie sind in der Anschaffung und in den Betriebskosten wesentlich günstiger und wären als gebrauchte Wagen schnell verfügbar. Wenn dazu in den Spitzenzeiten weiter wie bisher Einsatzfahrzeuge fahren, würden auch die Kapazitäten erhöht, und das alles nahezu sofort.

Die kostengünstigere Alternative: Betrieb mit Beiwagen

Diese Alternative ist keinesfalls teurer, wenn von den noch nicht gelieferten Straßenbahnwagen einige storniert werden. Niederflurbeiwagen könnten für einen Bruchteil der Kosten eines neuen Straßenbahnwagens besorgt werden und würden im Betrieb auch noch Energiekosten gegenüber der Doppeltraktion sparen. Die Kostenbetrachtung der KVG scheint geprägt zu sein durch einen Tunnelblick auf die Personalkosten. Aber wie verhält es sich mit den Energie- und Kapitalkosten? 22 neue Fahrzeuge für 55 Millionen Euro sind erhebliche Kapitalkosten - mit welchen Folgen für die Verluste der KVG und die Tarife? Die Frage, ob die Energiekosten (die perspektivisch weiter steigen werden) für die schweren Doppeltraktionsfahrzeuge berücksichtigt wurden, blieb in der Veranstaltung unbeantwortet.

RegioTrams und Doppeltraktionsfahrzeuge sind extrem teuer

Die RegioTram-Fahrzeuge sind in Anschaffung und Betrieb deutlich teurer als die Straßenbahnwagen. Die RegioTram in die Stadt hineinzuführen, ist im Grundsatz richtig. Die Stärke der RegioTram liegt jedoch in der Region, schon wegen ihrer höheren Geschwindigkeit. Deshalb ist es keine gute Idee, mit der RegioTram originäre Straßenbahn-Kapazitätsprobleme stopfen zu wollen. Stadtbaurat Nolda sagte, er könne sich eine Doppeltraktion durch die Königsstraße auf Dauer nicht vorstellen. Warum jetzt viel Geld ausgeben für eine schlechte mittelfristige Zwischenlösung, wenn kurzfristige Lösungen viel günstiger zu haben sind?

Die Vorschläge ernsthaft prüfen

Die Veranstaltung litt darunter, dass sie zu spät kam. Außerdem wurden seitens der KVG keine Alternativen zur Diskussion gestellt. Vielmehr wurden die Doppeltraktion und die Verlagerung der RT in die Holländische Straße faktisch als alternativlos präsentiert. Die Fragen und Stellungnahmen aus dem Publikum machten aber deutlich, dass Alternativen dringend gewünscht werden.

Unser Fazit ist eine Aufforderung an Stadtbaurat Nolda: prüfen sie die vorgeschlagenen Alternativen sorgfältig, vor allem dann, wenn sie ihren selbst formulierten Anspruch nach offener Diskussion ernst meinen!

Nobert Domes

ZWECKVERBAND RAUM KASSEL

Gerangel um neue Gewerbeflächen

Genau genommen ist der Zweckverband Raum Kassel (ZRK) eine durchaus bedeutsame kommunalpolitische Instanz. Wenn man seine Satzung und seine Geschäftsordnung liest, die seiner Arbeit zugrunde liegen, staunt man nicht schlecht.

Dieser Verband hat nicht nur die Aufgabe für alle Gemeinden und Städte, die ihm angehören - als da sind Kassel, Ahnatal, Baunatal, Calden, Fuldabrück, Fuldatal, Kaufungen, Lohfelden, Niestetal, Schauenburg und Vellmar - Kommunale Entwicklungspläne, den Flächennutzungsplan, den Landschaftsplan und sonstige gemeindeübergreifende Entwicklungsmaßnahmen aufzustellen und fortzuschreiben. Der ZRK ist darüber hinaus auch mit der Wahrnehmung von interkommunalen Aufgaben und Projekten zuständig, wenn er hierfür einen Auftrag erhält. Hierzu gehört z.B. das interkommunale Projekt des Güterverkehrszentrums (GVZ). Auch beim Flughafen Calden ist der ZRK eingebunden, u.a. bei der Entwicklung eines neuen, rund 80 Hektar großen Gewerbegebiets im Bereich alten Flughafens.

Der ZRK – eigentlich eine wichtige Institution

Bei allen relevanten raumgreifenden oder raumbeanspruchenden Maßnahmen ist der ZRK über die Flächennutzungsplanung mit im „Geschäft". Wer nun aber glaubt, dass im höchsten Gremium des ZRK, der Verbandsversammlung, wichtige politische Debatten und Kontroversen ausgetragen werden, der irrt gewaltig. Genau das Gegenteil ist der Fall. Und seien die anstehenden Maßnahmen, Projekte, Planungen noch so teuer, noch so überdenkenswert, noch so raumgreifend, noch so relevant: für die nur vier Sitzungen pro Jahr brauchen die Parlamentarier meist nicht mehr als eine halbe Stunde. Es gab aber auch schon Sitzungen, die in nur wenigen Minuten über die Bühne gegangen sind, trotz durchaus gewichtiger Tagesordnung.

Warum die kurze Leine?

Woran das liegt, fragen Sie sich? In der Hauptsache wohl daran, dass dem ZRK absichtlich und offensichtlich nicht oder nicht mehr die Bedeutung zukommen soll, die ihm bei seiner Gründung zugedacht worden war. Er sollte wegen der gescheiterten Gebietsreform in den 70igern einen fairen Interessensausgleich zwischen den Verbandsgemeinden herstellen und außerdem schädliche und unnötige Konkurrenz untereinander zu vermeiden. Stattdessen ist aus der Verbandsversammlung ein bloßes Abnickgremium worden, das nur beschließt, was zwischen den Bürgermeistern, dem Landrat und dem OB bzw. dem Magistrat der Stadt Kassel längst im Vorfeld und hinter verschlossenen Türen ausgekungelt worden ist.

Beispiel: das neue Gewebegebiet in Calden beim alten Flughafen

Als uns, der Fraktion der Kasseler Linken im ZRK, die Tagesordnung für die Sitzung der Verbandsversammlung im März 2012 zuging, richteten wir für den Tagesordnungspunkt eines geplanten Gewerbegebietes beim alten Caldener Flughafen ein 21 Fragen umfassendes Fragenpaket an die Geschäftsführung. Mit diesen Fragen, auf die wir uns erschöpfende Antworten erhofften, wollten wir prüfen, ob und inwieweit ein weiteres großes zusätzliches Gewerbegebiet in der Region lohnt, Sinn macht, nötig ist. Die Antworten auf unsere fundierten Fragen hätten es jedoch nicht nur uns, sondern allen anderen Parlamentariern ermöglicht, über das Thema zu einer begründeten Position zu kommen. Stattdessen verweigerte man uns die Auskunft und speiste uns mit dem Hinweis ab, dass alle unsere Fragen im kommenden Bebauungsplanverfahren abgearbeitet werden würden. Ins Deutsche übersetzt bzw. nach dem üblichen Motto heißt das: „Wir wissen zwar nicht, ob wir die Gewerbeflächen um den alten Flughafen wirklich noch brauchen, aber wir geben erst mal ein viele zehntausend Euro kostendes Plan-Verfahren in Auftrag – an dessen Ende dann immer noch jeder ja und nein sagen kann". Da man aber jetzt schon weiß, dass Nein sagen dann, wenn schon so viel Geld in ein Projekt gesteckt worden ist, eh nicht mehr in Frage kommt, weiß man jetzt schon das Ergebnis: auch dieses Gewerbegebiet wird beschlossen und gebaut! Ob man es braucht, spielt anscheinend gar keine Rolle mehr.

Unsere Fragen werden auch beim zweiten Mal nicht beantwortet

Im Übrigen wurden unsere Fragen – nach einem geharnischten Protest bei der Geschäftsführung des Zweckverbandes – bei der Junisitzung der Verbandsversammlung wieder nicht beantwortet. Vor dieser Sitzung hatten wir bei einem Pressegespräch mit der HNA zu diesem Thema schon angekündigt, die Kommunalaufsicht beim RP einschalten zu wollen. Es ging uns gegen den Strich, dass inzwischen offensichtlich sogar schon den gewählten Vertretern ihr nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) verbrieftes Recht auf Antwort, wie es dort u.a. in § 50, Abs. 2 geregelt ist, derart eklatant streitig gemacht wird.



Statt Rückbau zur Landwirtschaftlichen Fläche Bebauungsplanung für das nächste Millionengrab: Interkommunales Gewerbegebiet Calden

Ein solches, gegen jede parlamentarische Gepflogenheit gerichtetes Verhalten stört uns zutiefst:

Zum einen, weil es die „Herrschaften“ in den Chefetagen der Städte und Gemeinden offensichtlich nicht einmal mehr nötig haben, sich mit den gewählten Parlamentariern qualifiziert auseinander zu setzen. Zum anderen, weil dieselben Herrschaften ebenso offensichtlich auf das kompromisslose Zubetonieren der Landschaft mit Gewerbegebieten setzen, obwohl viele davon in unmittelbarer Nachbarschaft leer stehen oder nur schwer an den Mann zu bringen sind. So ist z.B. von dem in unmittelbarer Nähe ausgewiesenen Gewerbegebiet beim neuen Flughafen in Calden bisher nur ein Bruchteil verkauft.

Die Politikverdrossenheit nimmt zu – da muss man sich nicht wundern

Unabhängig davon, ob man ein Planverfahren für die Ausweisung neuer Gewerbegebietsflächen zur Zeit für sinnvoll oder nicht hält - 80 Hektar sind ja kein Pappenstil: Für uns steht im Vordergrund, dass vor einem solchen Verfahren die gründliche Erörterung und Analyse der verfügbaren und planrechtlich bereits ausgewiesenen Flächen vorausgehen muss. Wer sich dem verweigert, verletzt nicht nur demokratische Spielregeln und frustriert engagiert in parlamentarischen Gremien Mitarbeitende, sondern wird der Politikverdrossenheit in der Bevölkerung weiter Vorschub leisten. Dass nicht einmal mehr Parlamentarier einer Antwort auf seriöse, ja notwendige Fragen für würdig gehalten werden, ist ein starkes Stück. An das verlogene, schon zum Ritual gewordene „Bestürzt – Sein“, wenn nach den jeweiligen Wahlen wieder nicht einmal die Hälfte der WählerInnen zu den Urnen gegangen ist, hat man sich schon lange gewöhnt. Aber wundern muss man sich über die massenhafte Wahlenthaltung nicht, denn das sich immer mehr verbreitende Gefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern – „Die machen da oben die wichtigen Sachen eh unter sich aus!“ – hat seine Ursache im Verhalten der Politiker.

Auch dem RP ist es wurscht, wenn die HGO verletzt wird!

Dazu passt punktgenau die Antwort des RP: Natürlich wird in der Antwort auf unsere Eingabe weder die Geschäftsführung des ZRK noch der Verbandsvorstand für seine unkommunikative, mit der HGO nicht in Vereinbarung zu bringenden Haltung gerügt. Alles in Ordnung. Weiter so.

Die einzige Möglichkeit, die wir sehen um im ZRK weiter konstruktiv mitarbeiten zu können, wäre eine Art Auflehnung der Parlamentarier aller Fraktionen in der Verbandsversammlung: Sollten die es sich auch nicht mehr gefallen lassen, nur zum Abnicken in diese Versammlung zu gehen, dann – ja dann – könnten die Karten neu gemischt und vielleicht wieder Diskussionen und Debatten um Grundsatzfragen der Entwicklung des Verbandsgebietes geführt werden. Begründete Hoffnungen gibt es allerdings für einen solchen Wandel zur Zeit nicht.

E. Jochum



http://kasselerrathausblog.de

www.kai-boeddinghaus.de

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

8. 11. Offene Fraktionssitzung 19 Uhr
Kulturzentrum Schlachthof Raum 112

5.10. Demo Umweltrisiko Fracking
9 Uhr Regierungspräsidium Kassel Steinweg 6
10.30 Uhr öffentliches Hearing des Hessischen Landtags

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke.de/termine

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum
Obere Königsstraße 8 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de
www.kasseler-linke.de
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

DIE LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.